Ergänzungsleistungen – Der gangbare Weg

Das „Wirtschaftlichkeitsgebot“

Für die zahnmedizinische Behandlung unter den Rahmenbedingungen der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es wichtige Vorgaben. Der Vertragszahnarzt ist wegen seiner Unterschrift unter den Kassenvertrag gezwungen, danach zu handeln. Der „gangbare Weg“ soll zur Aufklärung beitragen. Am Beispiel der Endodontie zeigt der DFZ die Vorgaben, und auf Seite XX wird auf das Operationsmikroskop als nicht wirtschaftliche, notwendige und ausreichende Leistung in der Endodontie eingegangen.

Im SGB V sollte der Zahnarzt das oberste Gebot – § 12, das Wirtschaftlichkeitsgebot – im Original kennen. Alle Behandlungen unterfallen diesem Gebot:

„(1) Die Leistungen müssen ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sein; sie dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten. Leistungen, die nicht notwendig oder unwirtschaftlich sind, können Versicherte nicht beanspruchen, dürfen die Leistungserbringer nicht bewirken und die Krankenkassen nicht bewilligen.“

(2) Ist für eine Leistung ein Festbetrag festgesetzt, erfüllt die Krankenkasse ihre Leistungspflicht mit dem Festbetrag.“

Der Begriff „Wirtschaftlichkeit“ wird in Wikipedia so definiert: „Die vertragsärztliche Versorgung ist ‚wirtschaftlich‘, wenn der Vertragsarzt die (notwendigen, ausreichenden und zweckmäßigen) Leistungen mit einem möglichst geringen Aufwand an ‚Kosten‘ (im Sinne von Ausgaben der Krankenkassen) erbringt.“

Die Begriffe „zweckmäßig“, „ausreichend“ und „notwendig“ sind in Wikipedia wie folgt definiert:

- ▶ **Zweckmäßig** ist eine ärztliche Maßnahme, die objektiv geeignet ist, auf den angestrebten Zweck, den Heilerfolg hinzuwirken.
- ▶ **Ausreichend** sind Leistungen, wenn sie dem Einzelfall angepasst sind, dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse entsprechen und den medizinischen Fortschritt berücksichtigen. Die Leistung muss gerade dazu genügen, den angestrebten Heilerfolg zu erzielen. Der Leistungserbringer beziehungsweise Leistungsveranlasser ist zu mengenmäßigen Betrachtungen seiner Handlungen verpflichtet. Zur Verdeutlichung kann hierbei das Schulnotensystem herangezogen werden.
- ▶ **Notwendig** ist eine Behandlung, die nicht über den Umfang dessen hinausgeht, was im Einzelfall zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit unentbehrlich ist. Notwendig ist alles, worauf der Arzt bei der Behandlung eines Patienten nach dem Stand der medizinischen Erkenntnisse nicht verzichten darf, andernfalls ist die Behandlung nicht ausreichend.

Die Kriterien „zweckmäßig“ und „ausreichend“ zielen darauf ab, dass nicht weniger geschieht, als zur Erzielung des Heilerfolges geschehen muss. Mit dem Kriterium „notwendig“ soll sichergestellt werden, dass nicht mehr geschieht, als diesem Ziel entspricht.

Das sozialrechtliche Wirtschaftlichkeitsgebot (dessen Einhaltung mit der Wirtschaftlichkeitsprüfung kontrolliert wird) steht in einem Spannungsverhältnis zum zivilrechtlichen Haftungs-

maßstab für medizinische Behandlungen, nach denen der Arzt oder Zahnarzt seine Behandlung nach den neuesten medizinischen Erkenntnissen durchzuführen hat.

In diesem Dilemma müssen sich Ärzte und Zahnärzte bewegen, wenn sie als Kassenzahnarzt arbeiten. Eine Teilauflösung des Dilemmas erreichen sie, wenn sie einem Patienten bei genauer Betrachtung der Situation über die Vorgaben hinausgehende Leistungen als Privatleistungen anbieten und vereinbaren. Wurzelkanalbehandlungen können also zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet werden, wenn:

- ▶ die Wurzelkanäle bis beziehungsweise bis nahe an die Wurzelspitze aufbereitet und gefüllt werden können,
- ▶ die Füllung des Kanallumens randdicht und vollständig erfolgen kann,
- ▶ bei beherrdeten pulpatoten Zähnen oder einer Paro-Endo-Läsion eine positive Prognose besteht,

bei Molaren:

- ▶ eine geschlossene Zahnreihe erhaltbar ist,
- ▶ eine einseitige Freizugsituation vermieden werden kann,
- ▶ Zahnersatz funktionstüchtig erhalten werden kann.

Mehrkostenleistungen sind ausgeschlossen. Sollten Teile der Vorgaben nicht erfüllt werden können und eine Wurzelkanalbehandlung vom Patienten gewünscht werden, so ist diese komplett privat zu berechnen.

Im Besonderen bedeutet das, dass eine Wurzelkanalbehandlung, die nur mit dem Operationsmikroskop durchführbar ist, diesen Vorgaben (beispielsweise der Wirtschaftlichkeit) nicht entspricht und somit in Gänze Privatleistung wird. Hierzu ist mit dem GKV-Versicherten zuvor eine schriftliche Vereinbarung einer privat Zahnärztlichen Behandlung außerhalb der vertraglichen Regelung der GKV gemäß § 4 Abs. 5d Bundesmantelvertrag Zahnärzte bzw. gemäß § 7 Abs. 7 Ersatzkassenvertrag Zahnärzte zu treffen.

Dr. Christian Öttl

Mitglied im FVDZ-Bundesvorstand